



Österreichische Liga
für Menschenrechte

PRESSEINFORMATION

Menschenrechtsbefund 2019:

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Die mangelhafte Umsetzung der Rechtstaatlichkeit, das Grundrecht auf leistbares Wohnen und die Menschenrechte muslimischer Frauen sind die Themenschwerpunkte der Pressekonferenz der Österreichischen Liga für Menschenrechte anlässlich der Veröffentlichung ihres Menschenrechtsbefunds 2019.

Wien, 10. Dezember 2019 – Anlässlich des heutigen Internationalen Tages der Menschenrechte zieht die Österreichische Liga für Menschenrechte traditionell Bilanz über die aktuelle Situation in Österreich. Der Menschenrechtsbefund erscheint einmal jährlich und setzt sich mit problematischen Entwicklungen im Menschenrechtsschutz, aber auch mit aktuellen Themen der österreichischen Innenpolitik auseinander.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Zentraler Kritikpunkt des Befunds ist: Im letzten Jahr war immer wieder zu beobachten, dass die Menschenrechte seitens der Politik in Frage gestellt wurden. Diese Verstöße werden im Menschenrechtsbefund 2019 aufgezeigt. Denn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für ein funktionierendes Staatswesen untrennbar miteinander verbunden. Vielmehr sollten die österreichischen Gesetze, die Verfassung und alle internationalen Verpflichtungen eingehalten werden. Dr.ⁱⁿ Barbara Helige, Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte: „Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Dies scheint für die politisch Verantwortlichen heute nicht immer selbstverständlich zu sein. Wir brauchen daher wieder eine Kehrtwendung hin zu einer höheren Wertschätzung der Menschenrechte.“ Der Satz von der Gleichheit vor dem Gesetz darf nicht inhaltsleer bleiben – auf die Gerichte und den Rechtsstaat muss Verlass sein.

Grundrecht auf leistbares Wohnen

Seit 1996 gibt es die „Europäische Sozialcharta“, die von Österreich erst 15 Jahre später ratifiziert, das heißt in staatliches Recht übernommen wurde. Nicht übernommen wurde dabei, wie in vielen anderen Ländern auch, das „Recht auf Wohnen“. Rund 82 Millionen EuropäerInnen sind laut EUROSTAT von Wohnkosten überlastet, es mangelt an leistbarem Wohnraum und die Zahl der Wohnungslosen steigt. Vor diesem Hintergrund entstand im Frühjahr 2019 die Europäische Bürgerinitiative *Housing for All*. „Wohnen muss ein Teil der Daseinsvorsorge sein und darf nicht ausschließlich den Kräften des Marktes überlassen werden“, sagt Dr.ⁱⁿ Karin Zauner-Lohmeyer, Sprecherin von *Housing for All*. „Wir fordern von den EU-Gesetzgebern bessere rechtliche Rahmenbedingungen, damit wieder mehr kommunaler und sozialer Wohnbau möglich ist. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Finanzinstrument!“

Musliminnen am Wort

Die Gruppe muslimischer Frauen rund um Carla Amina Baghajati und Zeynep Eplibol formulierte in diesem Jahr ein Plädoyer für eine offenere Gesellschaft, das von tausenden Unterzeichnerinnen im März 2019 unterstützt wurde. In der Deklaration ging es vor allem darum, ein Bewusstsein für das Gemeinsame gegenüber dem Trennenden zu schaffen – und Themen wie das Kopftuchverbot oder etwa vorurteilsbehaftete Fremdzuschreibungen aufzugreifen. Carla Amina Baghajati, Projektleiterin der Initiative *Musliminnen am Wort* erklärt: „Angesichts der Fülle an Zuschreibungen und Projektionen bleiben die betroffenen Frauen auf der Strecke. Die geradezu zwanghafte Fixierung auf das Kopftuchtragen führt dazu, dass real existierende Probleme wie die mangelnde Gleichstellung von Mann und Frau zum Teil nicht wahrgenommen werden.“ Der Befund der Österreichischen Liga für Menschenrechte hält fest, dass höchste Dringlichkeit geboten ist, um gegen die Bevormundung muslimischer Frauen einzutreten. Ihre Vorschläge sollten aufgegriffen und intensiv diskutiert werden.

Breites Themenspektrum

Insgesamt sind die weiteren Themen des Befunds 2019 vielfältig. Behandelt werden u.a. die prekäre Situation der Justiz, menschenrechtliche Aspekte im Wahlkampf, die Rechtsstellung der Staatsanwaltschaft, die Durchsetzung von Kinderrechten in Bezug auf den Schutz der Umwelt, die Mängel bei der Einhaltung der UN-Behindertenkonvention, der Kampf um gesellschaftliche Anerkennung der Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer (LGBTIQ), die Aspekte geschlechtsspezifischer Verfolgung im Asylrecht und die Bedeutung von demokratieverträglichen Medien.

Der Befund setzt sich auch mit dem brisanten Thema Klima- und Umweltschutz auseinander. Das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt soll von der kommenden Regierung so nachhaltig umgesetzt werden, wie es vor den Wahlen von fast allen Parteien versprochen wurde.

Die vollständigen Beiträge können im Menschenrechtsbefund 2019 nachgelesen werden - dieser ist online abrufbar unter: <http://www.liga.or.at> bzw. im aktuellen Liga-Magazin zu lesen.

Österreichische Liga für Menschenrechte

Die Österreichische Liga für Menschenrechte setzt sich für die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte ein. Sie greift aktuelle Themen auf und setzt sich in Veranstaltungen, mit Projekten und durch Öffentlichkeitsarbeit mit menschenrechtlich relevanten Themen auseinander. Das Büro steht überdies allen Ratsuchenden als Anlaufstelle bei individuellen Anliegen im Bereich von Menschenrechten zur Verfügung und bietet Orientierungshilfe bei Rechtsfragen.

Siehe auch: www.liga.or.at

Facebook: www.facebook.com/osterreichische.menschenrechte

Rückfragen:

Ecker & Partner Öffentlichkeitsarbeit GmbH

v.salzer@eup.at

Tel.: 01 59932-29

Österreichische Liga für Menschenrechte

Vera Krischke

admin@liga.or.at

Tel.: 0676 360 9463